



Dies ist eine Zeitung, gratis für Sie, keine Werbung.

Nr. 2 – Feb./Mrz. 2026

Die Linke für Oberursel

Ingmar Schlegel

1986 in Frankfurt geboren, besuchte ich die Grundschule Mitte und das Gymnasium in Oberursel und war lange Jahre in der Schülervvertretung. Ich bin in der DLRG Oberursel und in der TSGO groß geworden. Ich habe den Bachelor of Arts in Fitnessökonomie, die Ausbildereignung der IHK und verschiedene Trainerlizenzen erworben. Hauptberuflich arbeite ich an einer Frankfurter Haupt- und Realschule in der Nähe der Konstablerwache. Nebenberuflich bin ich als Rettungsschwimmer und Mitglied im Betriebsrat der Wicker Klinik in Bad Homburg tätig. Daneben engagiere ich mich als Badmintontrainer und als ehrenamtliches Mitglied im Präsidium der TSGO.

Seit 2011 bin ich Stadtverordneter für Die Linke in Oberursel. Obwohl ich schon seit 15 Jahren in der Stadtverordnetenversammlung bin, gehörte ich in der letzten Wahlperiode immer noch zu den Jüngsten. Deshalb freut es mich besonders, dass wir mit Emilia Pitcher (Schülerin) und Noah Käsmacher (Schüler) zwei engagierte junge Menschen für unsere Liste gewinnen konnten.

Günstiger Wohnraum

2016 bis 2021 bildeten Ursula Klier und ich die kleinste Fraktion, seit 2021 ist Dietrich Andernacht – „Andi“ – mein Fraktionskollege. Wir haben für günstigen Wohnraum gestritten, für Preissenkungen bei Bus und Bahn gekämpft und im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen sämtliche Erhöhungen der Kita-Gebühren abgelehnt. Unserem Antrag auf Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen stimmten die

Stadtverordneten mit Mehrheit zu. Auch unser Antrag für das Brunnenfestticket zur kostenfreien Nutzung von Bus und Bahn während des Brunnenfestes ging nach mehreren Anläufen endlich durch.

Mit unseren Anträgen haben wir viele Themen überhaupt erst ins Stadtparlament gebracht. Einer meiner ersten Anträge, für eine Quote von 10 % Sozialwohnungen bei großen Wohnbauvorhaben, war seinerzeit chancenlos, heute gibt es einen Grundsatzbeschluss für 30 % bezahlbaren Wohnraum. Ich bin Mitglied im Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss (HFDA) sowie stellvertretender Vorsitzender im Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss (SBKA) und nehme regelmäßig an den Sitzungen des Ortsbeirats Weißkirchen teil.



Meine Leidenschaft: Sport

Über mein Hobby Eishockey habe ich die Sportart Bandy kennengelernt und spiele als deutsch-schweizer Doppelbürger als Torwart in der Schweizer Nationalmannschaft und werde im März an der WM in Schweden teilnehmen. Mir liegt Sport ganz besonders am Herzen. In Oberursel haben wir zwar viele Sportstätten, aber der Zustand lässt zu wünschen übrig, die Hallenzeiten sind zu knapp. Wir brauchen mehr offene Spiel- und Bolzplätze in der gesamten Stadt.

weiter auf Seite 2 ►

Ich setze mich weiterhin für die Einführung eines Ferienpasses und für den Erhalt der „Frühen Hilfen“ ein. Häufigen Beschwerden aus den Ortsbeiräten über Falschparker und überhöhte Geschwindigkeiten sollte mit mehr Personal bei der Stadtpolizei begegnet werden. In diesem Sinne werde ich mich auch in Zukunft um Ihre Anliegen kümmern.

**Kümmern
statt kürzen.**
Die Linke

Doris Mauczok

Seit zehn Jahren bin ich als ehrenamtliche Stadtverordnete politisch tätig – viele Jahre für die SPD Oberursel, die ich im November 2024 aus politischer Enttäuschung verlassen habe. In der SPD hat es mir zunehmend am sozialen Profil gefehlt. Ich habe daher für mich eine klare und konsequent soziale Alternative gesucht. Die habe ich bei Der Linken Oberursel gefunden. Erstmals werde ich nun für Die Linke antreten.

Als Diplompädagogin und Diplomgerontologin arbeite ich in der beruflichen Pflegeausbildung und im Bildungs- und Betreuungsbereich mit Kindern. In meiner Arbeit erlebe ich seit vielen Jahren hautnah, was soziale Ungleichheit konkret bedeuten kann. Ich möchte das an einigen wenigen Beispielen festmachen:

Zu teure Kinderbetreuung

Im Jahr 2024 wurde u.a. mit den Stimmen von SPD, OBG und CDU eine Gebührenerhöhung für die Kindertagesstätten in Oberursel beschlossen. Ein Jahr darauf gab es eine erneute Erhöhung der Gebühren um satte 8 % in Kita und Hort und bis zu 55 % in der Krippe, wiederum mit den Stimmen von CDU, SPD und OBG beschlossen. Und das soll nicht das Ende der Fahnenstange sein. Angestrebt wird, dass zukünftig ein Drittel der Betreuungskosten durch die Eltern finanziert werden soll. Wir sprechen uns deutlich gegen diese Zielsetzung aus! Schon jetzt bleiben Kinder zu Hause, weil sich Eltern die Betreuung nicht mehr leisten können. Frauen verzichten auf ihre Ar-

beit, weil sich durch hohe Betreuungskosten das Arbeiten nicht mehr lohnt.

Und solange der Bund und das Land frühkindliche Bildung nicht kostenfrei anbieten, braucht es eine Gebührenordnung, gestaffelt nach Einkommen, damit auch Familien mit geringerem Einkommen faire Chancen und Unterstützung erhalten.

Kein barrierefreier Wohnraum

Bis 2040 werden nach einer Studie der hessischen Landesregierung rund 300.000 altengerechte Wohnungen benötigt. Das ist nicht zuletzt der demografischen Entwicklung geschuldet.

Machen wir uns nichts vor: Oberursel ist denkbar schlecht aufgestellt, was barrierefreien Wohnraum angeht. Für viele ältere Menschen ist das der Grund, in ihren oftmals zu großen Wohnungen zu bleiben. Ein Tausch, z.B. mit jungen Familien, die dringend Wohnraum suchen, wird dadurch verhindert.



Viele Städte haben sich längst auf den Weg gemacht, Bauträger zu beraten, die aus Kostengründen den barrierefreien Ausbau nicht einhalten wollen. Sie bieten Beratungen und alternative Wege an. Unsere Nachfrage in der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2025, ob dies nicht auch ein Weg für Oberursel wäre, wurde verneint. Dafür sei kein Personal da. Basta!

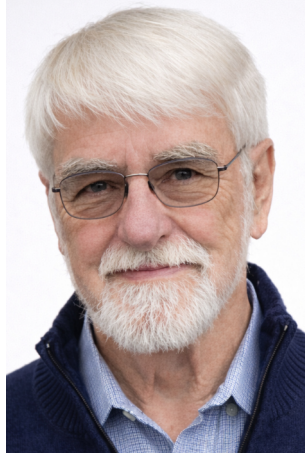
Barrierefreier Wohnraum gehört nun einmal zur Daseinsvorsorge und entscheidet über Teilhabe oder Ausgrenzung. Und oftmals bleibt älteren Menschen oder jüngeren Menschen mit Behinderungen dann nur der Weg ins Pflegeheim.

Die Linke setzt sich weiterhin für den Ausbau barrierefreien Wohnraums in Oberursel ein. Übrigens wurde auch unser Antrag für einen digitalen barrierefreien Stadtführer abgelehnt. Doch Barrierefreiheit ist kein Zusatzangebot, sondern macht den Unterschied zwischen Ausgrenzung und Zugehörigkeit.

Dietrich (Andi) Andernacht

Ich bin in Oberursel aufgewachsen und zur Schule gegangen (Volksschule Süd, Gymnasium Oberursel). Nach Studium und ersten Berufsjahren wohne ich seit 1985 zusammen mit meiner Frau wieder in Oberursel, zuerst in Stierstadt, dann im Rosengärtchen und jetzt mitten in der Stadt.

Themen, für die ich mich besonders interessiere, sind die Geschichte unserer Stadt und die Stadtplanung. Soweit dies neben der Arbeit möglich war, habe ich mich in Vereinen und Initiativen eingebracht, zum Beispiel bei Stadtführungen oder als Sachkundiger in der Verkehrskommission.



Nach Abschluss meines Berufslebens habe ich mich verstärkt in der kommunalen Politik engagiert, war fünf Jahre ehrenamtliches Magistratsmitglied und dann fünf Jahre als Stadtverordneter für Die Linke aktiv.

Die Schaffung von Wohnraum für diejenigen, die hier arbeiten und zuhause sind, ist für mich eines der wichtigsten Anliegen. Hierbei ist besonders darauf zu achten, dass der Flächenverbrauch beim Bauen minimiert wird, Flächen, wo immer dies möglich ist, entsiegelt werden und mehr Grün in der Stadt erhalten wird.

Damit unsere Stadt lebenswert bleibt, darf der öffentliche Nahverkehr nicht zusammengestrichen, sondern muss vielmehr ausgebaut werden. Das Fahren mit dem Rad oder die Fortbewegung zu Fuß müssen sicher und bequem sein. Statt Parkplatzsuchverkehr und Parken auf Gehwegen können Quartiersgaragen eine städtebauliche Alternative sein. Zum Durchstich Nassauer Straße habe ich bereits im November auf der Bürgerversammlung erklärt: „So nicht – und jetzt schon gar nicht.“ In diesem Sinne möchte ich für Sie in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat Mitte weiter aktiv bleiben.

„Mehr Demokratie wagen“

Dies war einmal das Motto von Willy Brandt. Heute ist es die SPD, die auf allen Ebenen gemeinsame Sache mit der CDU macht, um die Demokratie auch im lokalen Rahmen abzubauen. Im Landtag hatten diese Parteien ein Gesetz beschlossen, das u.a. das Auszählverfahren bei Kommunalwahlen so ändern sollte, damit die großen Parteien bei der Sitzverteilung bevorteilt werden. Dieses Ansinnen ist glücklicherweise durch das Hessische Verfassungsgericht verhindert worden. Zugleich hat die Landesregierung es für die Kommunen einfacher gemacht, per eigenem Beschluss die Zahl der gewählten Vertreter in den Gremien zu reduzieren. Die Oberurseler Mehrheitskoalition (CDU/SPD/OBG) ist sogleich vorgeprescht und hat die Anzahl der Mitglieder in den Ortsbeiräten und im Ausländerbeirat reduziert. Der Antrag, auch die Stadtverordnetenversammlung zu verkleinern, ist nur daran gescheitert, weil bei der Sitzung eine Stadtverordnete kurzfristig ausgefallen ist und der folgende Sitzungstermin für die jetzt anstehende Wahl zu spät war.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Nicht nur die Anzahl der ehrenamtlichen Gremienmitglieder wurde reduziert, auch ihre Möglichkeiten, Entscheidungen zu beeinflussen bzw. zu kontrollieren: In der Betriebskommission des BSO wurde der Anteil der Stadtverordneten reduziert. Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke wurde der Stadtbus entzogen, indem das Stadtparlament die Übertragung an den Verkehrsverband Hochtaunus (VHT) beschloss, der künftig für Linienführung, Taktung und Komfort zuständig ist. Auch gemeinsame Sitzungen von Stadtverordneten mit Fachleuten, zum Beispiel die Verkehrskommission, wurden abgeschafft. Gleichzeitig nimmt sich die Straßenverkehrsbehörde das Recht heraus, selbst einstimmige Beschlüsse des Stadtparlaments zu ignorieren, wie dies jüngst beim geforderten Zebrastreifen in der Adenauerallee der Fall war.

Kommunen werden finanziell ausgetrocknet

Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen sinkt kontinuierlich, von Bund und Land werden den Gemeinden immer neue Pflichtaufgaben zugewiesen und deren Finanzierung aufgebürdet. Ohne Fördermittel aus irgendwelchen Töpfen in Berlin oder Brüs-

sel kann fast kein kommunales Projekt mehr gestemmt werden. Wer die Fördermittel vergibt, bestimmt aber auch mit, was und wie vor Ort umgesetzt wird. Solche Projekte werden zwar oft mit einer umfangreichen Bürgerbeteiligung durchgeführt, die jedoch nicht bindend ist. Die Entscheidungsmöglichkeiten der gewählten Vertreter der Bürger werden immer weiter eingeschränkt, und zwar von den Parteien, deren Vertreter hier gewählt werden wollen!

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Für das Stadtparlament:

- 1 Ingmar Schlegel
- 2 Doris Mauczok
- 3 Dietrich Andernacht
- 4 Jutta Körber
- 5 Roland Haas
- 6 Andrea Sümbül
- 7 Manfred Niendorf
- 8 Emilia Pitcher
- 9 Rolf Höhne
- 10 Christina Pössel
- 11 Noah Käsmacher
- 12 Silke Bettina Schlegel
- 13 Calvin-Jemain Henry
- 14 Klausdieter Baumann
- 15 Manuel Klinger-Schlegel
- 16 Hartmut Mattern
- 17 Bernhard Keßeler
- 18 Ursula Klier
- 19 Dr. Gerhard Ferdinand

Ortsbeirat Bommersheim:

- 1 Bernhard Keßeler
- 2 Christina Pössel
- 3 Dr. Gerhard Ferdinand

Ortsbeirat Mitte:

- 1 Dietrich Andernacht
- 2 Silke Bettina Schlegel
- 3 Manfred Niendorf
- 4 Manuel Klinger-Schlegel

Ortsbeirat Nord:

- 1 Doris Mauczok
- 2 Rolf Höhne
- 3 Andrea Sümbül
- 4 Calvin-Jemain Henry
- 5 Ursula Klier

Ortsbeirat Oberstedten:

- 1 Jutta Körber
- 2 Emilia Pitcher

Ortsbeirat Stierstadt:

- 1 Roland Haas
- 2 Maike Sulzbach
- 3 Noah Richter

Ortsbeirat Weißkirchen:

- 1 Ingmar Schlegel
- 2 Noah Käsmacher
- 3 Heidrun Schlegel

Oberurseler für den Kreistag:

- 3 Doris Mauczok
- 9 Jutta Körber
- 12 Ingmar Schlegel
- 13 Christina Pössel
- 14 Manfred Niendorf
- 17 Andrea Sümbül
- 21 Roland Haas
- 23 Rolf Höhne
- 33 Ursula Klier

**Sozial.
Klimagerecht.
Vor Ort machbar.**

Die Linke

Herausgeber: Die Linke Oberursel

oberursel@dielinke-htk.de www.dielinke-htk.de
V.i.S.d.P.: Manfred Niendorf, Die Linke Hessen,
Allerheiligentor 2 - 4, 60311 Frankfurt